

Lind, G. (1983). Moral. In E. Lippert & R. Wakenhut, eds., *Handwörterbuch Politische Psychologie*. Opladen: Westdeutscher Verlag, pp. 196 - 204.

Moral

→ *Aggression, Gesellschaftsbild, Konformität, Konservatismus, Machiavellismus, Politisches Bewußtsein.*

Moral (M) (Sitte, Moralität, Ethik) ist ein mehrdeutiger Ausdruck, dessen Sinn sich, im Zusammenhang mit Veränderungen in den Orientierungen, religiösen Überzeugungen, philosophischen Entwürfen und sozialen und naturhaften Grundlagen des Lebens, in der Geschichte ausdifferenziert und (zuweilen) grundlegend gewandelt hat. Eine gewisse, wenn auch keine gradlinige Entwicklung dokumentieren die modalen Bedeutungen des Wortes:

1) *Tüchtigkeit*, Aufrechterhaltung des Kampfgeistes (engl.: morale) in Sport, Industrie, Krieg. Entsagung körperlicher Bedürfnisse (Hunger, Sexualität) zugunsten geistiger, religiöser oder sozialer Werte (*Tugend*). Festhalten an einem übernommenen oder aufgegebenen Ziel (*Pflicht*, Gehorsam); nach Machiavelli die Grundlage der Regierkunst (Durchsetzungsvermögen, Machterhaltung), derentwegen auch andere Werte (Ehrlichkeit, Treue, Leben) außer acht gelassen werden können (→ *Machiavellismus*).

2) Sittliche *Gewohnheit* und *Ordnung* (griech.: ethos; gewohnter Ort des Lebens). Individuelle (Gewohnheiten) und soziale (Gesetze, Ordnung) Institutionen, die als unveränderbar und unverletzlich (als heilig) gelten. Die Übereinstimmung des Verhaltens damit gilt als moralisch oder sittlich. Im Alltag vorwiegende Bedeutung von M.

Ihre Autorität als Orientierungsinstanz für das menschliche Verhalten beziehen moralische Sitten meist aus Mythen und Religionen (Natur-, Ahnenkult, Gottesglaube). Sie sind charakterisiert durch Allgegenwärtigkeit, Unwandelbarkeit, Heiligkeit (Tabu) und Natürlichkeit (s. u.: Naturalismus). Dem Menschen ist aufgegeben, den ihm zugewiesenen Platz nach besten Kräften auszufüllen (→ *Konformität*, *Tüchtigkeit*). Konflikte zwischen moralischen und anderen Bedürfnissen werden typischerweise gelöst durch Segmentierung von Lebensbereichen (Doppelmoral), monomanen Moralismus (Despotismus) oder Unterwerfung unter

autorisierte Auslegung des moralisch Gebotenen. Moralische Erkenntnis kann vermittelt werden durch individuelle (moralisches Gefühl, Eingebung, Intuition, Gewissen), religiöse (Orakel, Priester, Theologen), soziale (Eltern, Rat der Ältesten, Führer) und wissenschaftliche Instanzen (Platos Philosophen-Herrscher, Comtes Priester der Wissenschaft, Husserls phänomenologische Wesensschau). Abweichendes Verhalten gilt an sich, d. h. ohne Ansehen der Konsequenzen und Intentionen einer Handlung als Sakrileg, auf das individuell mit Schuldgefühlen, Angst, Rückzug und sozial mit Sanktionen und Isolierung (Kommunikationsabbruch, Ghettoisierung, Gefängnis) und Strafe reagiert wird.

3) *Aufgeklärte, autonome M, Vernunftsmoral*. Das Verhältnis der Vernunft zur M wird sehr unterschiedlich bestimmt: als Methode der Optimierung des Verhaltens (Entscheidungstheorie, diagnostische Urteilsbildung, Spieltheorie, Sozialwahltheorie) unter gegebenen moralischen Konventionen (instrumentelle Vernunft), als oberste M-Instanz (Laizismus, Positivismus, Verstandesmoral) oder als kritisches Prinzip für den Entwurf, die Anwendung und Begründung von Prinzipien, die den Austausch von Personen und Gruppen und ihrer sozialen Umwelt regulieren (Vernunftmoral, kommunikative und humanistische Ethik). Der Grad der Rationalität wird entweder durch Zweckmäßigkeit der Mittel zur Erreichung außermoralischer Werte (materiale Wertethik, Zweckrationalität) oder durch die Rationalität der Zwecke (formale Ethik, Wertrationalität) bestimmt. M ist nach Kant ein Sollen, das nach innen mit einer nur der Vernunft möglichen, universellen Idee des Guten (kategorischer Imperativ, guter Wille, Pflicht) übereinstimmt und sich nach außen begrenzt durch die Achtung vor der Würde des (Mit-)Menschen.

Systeme der M-Philosophie. Die Notwendigkeit und Freiheit des moralischen Urteilens beim Menschen ergeben sich aus seiner Armut an Instinkten, der Formbarkeit seiner Fähigkeiten, der langen Jugendperiode und seiner Fähigkeit zur Schaffung von Kultur, d. i. von dauerhaften Institutionalisierungen von selbstgegebenen Gesetzen des individuellen und sozialen Handelns (Sprache, Recht, Konventionen, Brauchtum, Gewohnheiten etc.). Das „praktische“ (d. h. freie, nicht Naturgesetzen folgende) Leben vollzieht sich im Spannungsfeld zwischen physischer Natur, menschlichen Institutionen und autonomem moralischem Bewußtsein. Die grundsätzliche Frage nach der Möglichkeit einer begrifflich-rationalen Bestimmung der M (Wie ist moralische Erkenntnis möglich?) stellt sich seit der Antike. In der Begründung der M, vorwiegend durch die verstandesmäßige Ausdeutung des Ortes (ethos) des Menschen in der „natürlichen“ Ordnung der Welt, hatten die Sophisten den immer noch aktuellen Versuch unternommen, die Entzweiung des zur existentiellen

Entscheidung gezwungenen Menschen von der fraglosen, naturhaften Lebensgestaltung zu überbrücken oder gar rückgängig zu machen.

Naturalismus (N). Die Natur hat als Bezugspunkt der M-Begründung immer wieder, wenn auch in sehr unterschiedlicher Weise, eine Rolle gespielt: Als Grad des durch moralisches Handeln erreichbaren individuellen Glücks (Aristoteles: „eudaimonia“, der die Politik zu dienen habe; Epikur: das glückselige Leben; Bentham, James Mill: „das größte Glück für die größte Zahl“, Utilitarismus), als der natürliche Überlebenstrieb und Egoismus (Hobbes, Spinoza), als menschliche Gefühle wie Liebe und Mitleid (Shaftsbury, Bishop, Butler, Schopenhauer).

Entsprechend, direkt oder abgeleitet von den natürlichen Neigungen des Menschen, wurden die moralischen Institutionen naturhaft begründet (a) als Erfüller von Bedürfnissen des Menschen („Naturrecht“; Demokrit, Protagoras, Hobbes, Rousseau), (b) als die erreichte oder anzustrebende Verkörperung der Vernunft (der „späte“ Plato, Aristoteles, Hegel, Comte, Durkheim, Max Weber, Gadamer), (c) als Ersatz für die verlorenen Instinkte (Gehlen) und Komplementär zur „Icheinsamkeit“ (Solipsismus), (d) als eine vom Tierreich (Paarbildung, Hackordnung, Territorialkämpfe, Ameisen- und Bienenstaat) überkommene, instinktive Anpassungshandlung (Lorenz, Eibl-Eibesfeldt; → *Aggression*), oder (e) als Garant der Gattung („M der Gene“, „Überleben der am besten Angepaßten“, Vitalismus). Am N orientieren sich, mehr oder minder explizit, auch die semantischen (begriffs-realistischen, sprach-analytischen und logizistischen) Ethiken.

Die Problematik des N liegt in dem unscharfen und häufig unkritischen Naturbegriff. In seiner anti-rationalen Variante führt der N zur Pseudo-Natürlichkeit. Vertreter der neuen Ökologiebewegung fordern dagegen „Aufklärung auch über die Aufklärung“ (Erhard Eppler), um das richtige Verhältnis vom Menschen zur Natur zu bestimmen. *Paradoxien* des N: (a) Die will-kürliche Festlegung der moralischen Natur und der moralischen Forderung nach Umkehr zu einer vorgeblich nicht entrinnbaren Natur. Soweit der N die Vernunft berücksichtigt, sieht er diese außerhalb der menschlichen Natur. Angesichts seiner Triebhaftigkeit und Irrationalität muß der Mensch letzten Endes durch Zwang „zur Vernunft gebracht werden“ (autoritative Erziehung, Erziehungsdiktaturen). (b) Die Irrationalität der Urheber rationaler Systeme und die Wertsetzung einer vorgeblich wertfreien Vernunft.

Religionsethik. In Gegensatz zu dem N stellen sich vor allem die Weltreligionen, deren Gottheiten nicht *in*, sondern *über* der Natur gedacht werden. Propheten, Schriftgelehrte, Priester und Theologen verkünden und interpretieren unter Hinweis auf die Autorität Gottes moralische Regeln zur Orientierung des Verhaltens (Orakel zu Delphi, Zehn Gebote, Berg-

predigt, Koran). Ihre Starrheit und inneren Widersprüche führen zu exegetischen Problemen (Sektenbildung, Protestantismus). Die Schwierigkeit, den Glauben an Gott aus freier Entscheidung mit der Vorstellung eines allwissenden und allmächtigen Gottes zu vereinbaren, münden in die Versuche einer wechselseitigen Rückführung von Glaube und Vernunft. Die Argumente für den Primat der Vernunft (Abelard, Duns Scotus, Ockham) und die Stärkung des individuellen Glaubens (Luther, Calvin) führt Kant in seinem „Gottesbeweis“ zusammen. Danach ist Gott nicht in den Sinnen erfahrbar, jedoch als Voraussetzung einer Vernunft-M denknotwendig. Tatsächlich greifen viele Philosophen letzten Endes auf die Gottesidee zurück.

Vernunft-Ethik (VE). Für Kant ist die Vernunft kennzeichnender Bestandteil der Natur des Menschen, der mittels der Vernunft zur freien moralischen Entscheidung, unabhängig von der „Nötigung durch Antriebe der Sinnlichkeit“ (Kant 1969, S. 171), fähig ist. Die Vernunft heißt praktisch als sie selbst Ursache von Handlungen sein (Spontaneität) und Zwecke setzen kann (Selbstgesetzlichkeit, Autonomie). Vernunft als „Erkenntnis aus Prinzipien“ nötigt zum Denken von „systematischen Einheiten“ (Ich, Welt, Gott) und Zwecken „an sich“ (Teleologie), die als regulative Ideen die empirischen Verstandesbegriffe bewahren. Was die Vernunft nach freiem Wollen (ohne Nötigung durch sinnliche Antriebe und ohne Ansehen empirischer Folgen) als gut erkennt, heißt moralisch. Das Wollen ist moralisch, wenn seine Maximen im subjektiven Handeln (allerdings nicht in seinen Resultaten, über die der einzelne keine totale Verfügung hat) die Verbindlichkeit allgemeiner Gesetze aufweisen: „Handle nur nach derjenigen Maxime, durch die du zugleich wollen kannst, daß sie allgemeines Gesetz werde“ (Kategorischer Imperativ, Kant 1969, S. 247).

Eine moralische Verfassung ist die, in der „die Freiheit der Willkür eines jeden mit jedermanns Freiheit nach einem allgemeinen Gesetze zusammen bestehen kann“ (Kant 1969, S. 391). Mit den regulativen Prinzipien der Vernunft (Universalität, Zweckeinheit, Verbindlichkeit, Kausalität und Begrenzung) sind die Kriterien ausgearbeitet, denen subjektive Maximen genügen müssen, um als moralisch zu gelten („Metaphysik der Sitten“). Das Ziel ist die Abweisung partikularer, relativistischer, dogmatischer Ethiken. Die Untersuchung der Beziehung von moralischen Maximen zu konkreten Handlungen überantwortet Kant der „praktischen Anthropologie“.

Kommunikative Ethiken (KE). Die Notwendigkeit einer (noch auszuarbeitenden) KE ergibt sich aus dem Verhältnis der „moralischen Vernunft“ zu der physischen, heute großteils schon technisch überformten Natur, deren Vernünftigkeit man nicht dinglich unterstellen kann (Kant: „verkehrte Vernunft“), den individuellen Gewohnheiten (Konventio-

nen, Reaktionstendenzen; vgl. William James zur Bedeutung von „moral habits“), den sozialen Institutionen (Familie, Bildung, Wirtschaft, Recht, Staat, Wissenschaft, Sprache; vgl. Hegel zur Vernunft des modernen Verfassungsstaates; Max Weber zur formalen Rationalität bürokratischer Strukturen). Gewohnheiten, Institutionen, Kultur sind Ausdruck der „Kausalität“ der moralischen Vernunft, aber nicht damit identisch. Ihre „Unvernünftigkeit“ kann resultieren (a) aus der Unmoralität der ihre Entstehung leitenden Maximen, (b) aus einer starren Anwendung der Maximen, (c) aus einer unangemessenen Perfektion (Aristoteles), (d) aus einer (wegen habitueller oder institutioneller Widerstände) imperfekter Zur-Geltung-Bringung. Unter dem Prinzip der Sicherung und Ausweitung der menschlichen Freiheit erdacht, wenden sich jene gegen dieselbe. Autoritative „Systeme begehen den Fehler einer Umkehrung ethischer Kausalität. Die Erzeugnisse der sittlichen Anschauung werden zu Ursachen derselben gemacht“ (Wundt 1903, Bd. 2, S. 7). Mithin gebietet die Moralitätsforderung nicht allein die Allgemeinheit der Maximen, sondern auch die Spezifität von individuellen und sozialen Institutionen, d. h. die Anpassung des Verhaltens und nicht des Charakters, der sozialen Wirklichkeit und nicht der Verfassung (Werte- vs. Struktur- → *Konservatismus*). Diese Reform-Maxime ist in empirischen Fällen prekär: (a) unvollständige Kenntnis der Problemlage, (b) schwere Durchschaubarkeit von Rück- und Nebenwirkungen von Maßnahmen („ökologische Krise“; Wundt: „Heterogonie der Zwecke“; Dörner: „Komplexität der Entscheidungssituation“; Lorenzen/Schwemmer: „technische und praktische Probleme“), (c) teilweiser oder völliger Verlust der Vernunftkontrolle über Gewohnheiten (Sucht, funktionelle Autonomie, Zwangsneurose, Ich-Schwäche, Abwehrmechanismen), (d) Behinderung oder Zerstörung der sozialen Kommunikation (Bürokratie, Monopolisierung der Medien; Willkürherrschaft). Die moralische Vernunft zur Geltung bringen, heißt nach Habermas (1976, S. 34) „die Tilgung jener Gewaltverhältnisse, die in die Kommunikationsstrukturen unauffällig eingelassen sind, und die die bewußte Konfliktaustragung und eine konsensuelle Konfliktregelung durch intrapsychische ebenso wie durch interpersonelle Sperren der Kommunikation verhindern“. Als Bedingungen und Kriterien einer KE gelten: die „unbegrenzte Kommunikationsgemeinschaft . . ., die die bestimmte Ordnung einer Gesellschaft transzendiert“ (George H. Mead), die Teilnahme aller Betroffenen an der gemeinsamen Beratung (Lorenzen/Schwemmer), eine „gerechte Gemeinschaft“ (Kohlberg), eine „ideale Sprechsituation“ (Apel), die „Institutionalisierung von Diskursen“ (Habermas).

Moral und Politik. Im Verhältnis zwischen M und Politik gilt es, zweifach zu unterscheiden: (a) zwischen Inhalt und Akteuren der Politik, (b) nach

dem Begriff der M (s. o.). Mit Inhalt der Politik kann wiederum eine an allgemeinen Prinzipien orientierte, gestaltende (engl. „policy“) oder eine sich am Bestehenden zu bewährende, taktische Politik (engl. „politics“; Real-, Macht-Politik) gemeint sein. Ein besonderes moralisches Problem liegt in ihrer wechselseitigen Beziehung, besonders virulent in dem Problem der Freiheits-Wahrung gegenüber Freiheits-Feindlichkeit (s. „Radikalenerlaß“, McCarthyismus); ein anderes in der rechten Strategie der Bewältigung veränderter natürlicher und sozialer Problemlagen, wobei beide Hauptstrategien den Prinzipien der Vernunft-M zuwiderlaufen können: (a) die Reformstrategie („Stückwerktechnologie“, Karl Popper) langfristig durch die Anhäufung von immer unüberschaubareren und zur latenten Inkonsistenz neigenden staatlichen Gesetzen; (b) die Revolutionsstrategie durch die Zerstörung von akkumuliertem Konfliktlösungswissen (Kulturgüter). Die Unterscheidung nach dem M-Begriff findet ebenso Anwendung auf die moralische Kategorisierung von politischen Akteuren. Die M eines Politikers kann meinen, (a) daß sein Verhalten den moralischen Konventionen entspricht oder (b) daß es sich an den Maximen der Vernunft orientiert. In bezug auf das Problem der politischen Willensbildung (Wählerauftrag, imperatives Mandat, Fraktionszwang) wird die (von Lorenzen/Schwemmer getroffene) Scheidung in (a) „bloß intersubjektive“ (Mehrheits-M) und (b) „transsubjektive“ (kommunikative) Prinzipien relevant.

Moralpsychologie (MPs). Als Teil der „praktischen Anthropologie“ (Kant) befaßt sich MPs mit der Beziehung von subjektiven moralischen Maximen zu dem individuellen und sozialen Handeln, den moralischen Gewohnheiten, dem moralischen Urteilsverhalten (Entscheidungen, Begründungen) und den psychologischen Voraussetzungen der Übernahme und Zur-Geltung-Bringung moralischer Maximen.

Moralisches Urteil (MU) ist (a) im Rahmen der konventionellen M die Entscheidung in Übereinstimmung mit geltenden Sitten und Gesetzen und (b) im Rahmen der Vernunft-M die Orientierung der freien Entscheidung an moralischen Maximen. Im zweiten Fall zielt das MU nicht auf jedes Verhalten, sondern nur auf die Moralität von Handlungsgründungen. Es ist insofern „allgemein“, als es nur die Grenzen der Entscheidung steckt, die sich im konkreten Fall noch an der jeweiligen empirischen Situation auszurichten hat.

Zentraler Bezugspunkt der MPs ist die „*Persönlichkeit*“, d. i. für Kant die „Empfänglichkeit der Achtung für das moralische Gesetz als einer für sich hinreichenden Triebfeder der Willkür“. Die Verschiedenheit der Ansätze und methodischen Vorgehensweisen der m-psychologischen Forschung beruhen vor allem auf Divergenzen in den M-Begriffen und den Grundmodellen der Persönlichkeit. Drei Grundmodelle beherrschen,

ausgehend von Platons Unterscheidung von Erfahrung (Empfindung, Anschauung) und ethischer Idee, den „höchsten Formen des Wissens“, die Diskussion: (a) Der (atomistische) *Assoziationismus*, zumeist verbunden mit einer naturalistischen Ethik (s. o.), wurzelt in der Doktrin von Aristoteles, daß Lernen und Gedächtnis auf den Prinzipien Kontiguität, Ähnlichkeit und Kontrasten beruht. Denken folge den Verbindungen, die durch Erfahrungszusammenhänge geschaffen wurden (s. auch Hobbes, Hume, Hartley, James Mill, Bain; Ebbinghaus, Thorndike, Hull, Skinner, W. Mischel). Zumeist fehlt ein ausgearbeiteter Begriff von M; moralische Forderungen bleiben oft implizit. Es wird ein fragloser Konsens unterstellt, was richtiges, angepaßtes, intelligentes oder funktions-tüchtiges Verhalten ist. Die Veränderung des Verhaltens sei nur möglich durch Umwelteinflüsse und Selektionsmechanismen (vgl. Hartshorne et al.; Kritik von Pittel/Mendelsohn).

(b) Das Modell der *Ganzheitspsychologie* geht u. a. zurück auf Rieds „Kognitivismus“, Ch. Wolffs Lehre von den Fakultäten der Seele (die später von Kant kritisierte „Rationale Psychologie“) und Berkeleys „subjektiven Idealismus“. Es setzt angeborene Einstellungen (sets) voraus, durch die die Wahrnehmung der Umwelt bestimmt sei („Gestaltungsqualitäten“). Analog sei es dem Menschen auch möglich, moralische Gesetze durch einen besonderen Erkenntnisakt (Werte-, „Intuition“) zu schauen. Diese Vorstellung hatte wesentlichen Einfluß auf die Persönlichkeitspsychologie (u. a. Stern, Allport, Cattell). Problematisiert wird diese Sicht durch große individuelle und intra-individuelle Variationen im moralischen Verhalten (Hartshorne et al.). Als Alternativen wurden eine „probabilistische“ Abwandlung (als „latent traits“; Brunswik, Lazarsfeld), die Rückkehr zu Varianten des Assoziationismus (Situationismus, vgl. auch den sog. „modernen Interaktionismus“) vorgeschlagen sowie die (c) *kognitive Entwicklungstheorie*, die in der Tradition „dialektischer“ Denktraditionen steht. Hierunter fallen verschiedene Versuche, die Beziehung zwischen „primären“ (sensuellen) und „sekundären“ (intellektuellen) Qualitäten der Seele (Locke) bzw. zwischen der konkreten Lebenswelt und dem „Reich der Zwecke“ (Kant) zu klären. Zu der ursprünglichen Betonung der erkenntnismäßigen („kognitiven“) Komponente ist in neuerer Zeit, unter dem Eindruck der Evolutionstheorie, der entwicklungs-mäßige Aspekt (Baldwin, Piaget), unter dem Einfluß der Soziologie, der interaktive Aspekt (Cooley, Mead) und durch philosophische Anleihen der dialektische Aspekt (Hegel, Habermas) getreten. Die kognitive Entwicklungstheorie der M (Piaget, Kohlberg) postuliert, daß sich das moralische Bewußtsein (d. i. die Orientierung zur freien Entscheidung an moralischen Maximen) infolge oder parallel zur menschlichen Interaktion entwickelt, daß es auf jeder Stufe eine „strukturelle

Ganzheit“ bilde und daß diese Entwicklung in einer invarianten Abfolge (Sequenz) verlaufe. Nach Piaget verläuft die moralische Entwicklung des Individuums von der vor-moralischen „motorischen“ Imitation (Rituale, Einübung von Gewohnheiten) über die Befolgung von äußeren Regeln aus Achtung vor einer Autorität (Heteronomie; Kant: bloß pflichtgemäßes Handeln) zur freien (nur bei wechselseitiger Achtung möglichen) Selbstverpflichtung (Autonomie). Auf den „Egozentrismus“ folgt die „intellektuelle Dezentrierung“ (höhere Flexibilität der Regelnanwendung, Veränderbarkeit von Regeln durch vernünftige Kommunikation). Piagets Theorie wird erweitert (und z. T. modifiziert) durch das 6-Stufen-Modell von Kohlberg:

- (A) *Präkonventionelle Ebene*, (1) Orientierung an Bestrafung und Gehorsam, (2) Naiv-egoistische Orientierung an Gegenseitigkeit;
 (B) *Konventionelle Ebene*, (3) Orientierung am Vorbild des „guten Jungen“, (4) Orientierung an der Aufrechterhaltung von Autorität und sozialer Ordnung;
 (C) *Postkonventionelle Ebene*, (5) Legalistische Vertragsorientierung, (6) Orientierung an Gewissen und Prinzipien. Ähnliche „Entwicklungslogiken“ werden auch für die Ethikgeschichte postuliert (Hobhouse, Westermarck, Apel, Habermas).

Soweit sie sich „struktureller“ Methoden (s. u.) bedienen, bestätigen die bisherigen Untersuchungen die kognitive Entwicklungstheorie weitgehend. Der strukturell-kognitive Aspekt korreliert (bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen) konsistent mit dem Lebensalter und mit dem Bildungsstand. Verbleibende Irregularitäten (Fälle von Regression und Segmentation) sind gegenwärtig Ausgangspunkt von theoretischen und empirischen Untersuchungen, die eine Modifikation der Piaget-Kohlberg-Theorie bzw. ihre Erweiterung zum Ziel haben. Die kognitive Entwicklungstheorie hat großen Einfluß auf die neuere moralpsychologische Forschung, die Politische Psychologie, die M-Philosophie und die M-Pädagogik; sie wird gleichwohl kontrovers diskutiert. Bei den *Methoden* der moralpsychologischen Forschung erlangen die „impliziten anthropologischen Annahmen“ (Holzkamp) eine besondere Bedeutung. Während der klassische „Gemeinsame-Eigenschaften“-Ansatz („common trait approach“) die Persönlichkeit nach konventionell vorgegebenen, äußeren Kriterien kategorisiert (Allport: „external-effect approach“) und die formalen Eigenschaften (Komplexität, Feldabhängigkeit) aus der Persönlichkeitsstruktur dinglich herauszulösen versucht, begreift die kognitive Entwicklungstheorie Inhalt und Struktur des moralischen Urteils als nur analytisch unterscheidbar, aber nicht dinglich trennbar. Zur Erfassung der „inhaltlichen“ Komponente des MU (affektive Bindung an moralische Regeln und Prinzipien) finden u. a. klassische Einstellungsskalen

Anwendung (Likert, Thurstone). Zur Erfassung der „kognitiven“ Komponente wurden verschiedene „strukturelle“ Techniken entwickelt: Konfrontation moralischer Regeln mit Machtansprüchen einer Autorität (Piaget), Erfragung von Regelbegründungen und Auf-die-Probe-Stellen von Argumenten (Piaget, Kohlberg), Enttäuschung von sozialen Vereinbarungen (Kathryn Jacobs), Variation des situativen Kontexts (Kohlberg, Rest), Konfrontation mit Argumenten, die gegen eine offen geäußerte Meinung des Befragten stehen (Lind, Wakenhut).

Georg Lind

Literatur:

- Döbert, Rainer, Habermas, Jürgen, Nunner-Winkler, Gertrud (Hrsg.): Entwicklung des Ichs. Köln 1977.
 Eppler, Erhard: Wege aus der Gefahr. Reinbek 1981.
 Habermas, Jürgen: Zur Rekonstruktion des Historischen Materialismus. Frankfurt/M. 1976.
 Höffe, Otto: Ethik und Politik. Frankfurt/M. 1979.
 Kant, Immanuel: Die drei Kritiken. Stuttgart 1969.
 Kohlberg, Lawrence: Zur kognitiven Entwicklung des Kindes. Frankfurt/M. 1974.
 Piaget, Jean: Das moralische Urteil beim Kinde. Frankfurt 1973.
 Portele, Gerhard (Hrsg.): Sozialisation und Moral. Weinheim 1978.
 Praktische Philosophie/Ethik. Reader zum Funkkolleg, 2 Bände. Frankfurt/M. 1980/81.
 Rest, James R.: Development in Judging Moral Issues. Minneapolis 1979.
 Wundt, Wilhelm: Ethik, 2 Bände. Stuttgart 1903.

Öffentliche Meinung

→ *Demoskopie, Loyalität, Machiavellismus, Propaganda, Wirkungsforschung.*

Seit seinem Aufkommen im 18. Jahrhundert in Frankreich und seiner Einbürgerung in Deutschland durch den „Neuen Teutschen Merkur“ (1790) und Johann Georg Forster (1793) im Zuge der Französischen Revolution von 1789 wird der Ausdruck ÖM (frz. *opinion publique*; engl. *public opinion*) inkonsistent benutzt. Von Anfang an mehrdeutig und vage, bezeichnet er in sozialphilosophischer, staatstheoretischer, massen- und sozialpsychologischer sowie demoskopischer Dimension jeweils verschiedene und sich historisch wandelnde Phänomene.

Definitionen. – Eine allgemein anerkannte *Realdefinition* des Allgemeinbegriffs ÖM gibt es nicht. Jedoch ist nach herrschender Auffassung ÖM nicht identisch mit der *veröffentlichten Meinung*. Vielmehr kann die ÖM der veröffentlichten Meinung entgegengesetzt sein, z. B. in totalitären Staaten. Der Ausdruck ÖM benennt auch nicht die vor der *Öffentlichkeit* vertretene Meinung einzelner, sondern die wie auch immer artikulierten Meinung strukturierter oder amorpher Kollektive. Sogar die *Meinungsverteilungen*, die durch Befragung zwar statistisch repräsentativer, aber in Anonymität verharrender Stichproben aus der Grundgesamtheit eines Volkes festgestellt werden, gelten als ÖM. Der Topos drückt deshalb vielfach das Gegenteil dessen aus, was er dem Wortsinne nach zu bedeuten scheint. Die überbordende Fülle von *Nominaldefinitionen* der ÖM, die kontroverse Standpunkte reflektieren, ist in diachronischer und synchronischer Perspektive verwirrend. Gilt ÖM vielfach als allenfalls begriffsgeschichtlich interessante Fiktion, so wird ihre soziale Macht vor allem als Kontrollinstanz andererseits seit Niccolò Machiavelli und John Locke für erwiesen gehalten. Gleichwohl bestreiten sowohl moderne Staatslehre wie Politische Wissenschaft allgemein die normative Verbindlichkeit der ÖM (Krüger 1964, Roos 1969, Kriele 1975). Die marxistisch-leninistische Sozialpsychologie postuliert diese Verbindlichkeit rhetorisch (Uledow 1964, 1972).

Hauptprobleme empirischer Forschung. – In den Sozialwissenschaften lassen sich Bestrebungen erkennen, die bislang überwiegend auf gruppendynamische Integrationsprozesse bezogenen mikrosoziologischen Analysen des Phänomens ÖM auf größere Sozialgebilde auszudehnen. *Soziale Integration* als kollektive Leistung größerer sozialer Systeme gerät derart zum zentralen Begriffsmerkmal der ÖM. Sie wird systemtheoretisch als sozialer Prozeß bestimmt, der seinerseits Element gesamtgesellschaftlicher Prozesse ist (Hunziker 1981). Ziel der Forschungen von → *Demoskopie* und Soziologie ist, ÖM zur Systemsteuerung in den Griff zu bekommen. Beim heutigen Stand der Theoriebildung zeichnet sich ab, daß das umgangssprachliche Explikandum ÖM durch das Explikat „Prozesse gesamtgesellschaftlicher Integration“ präzisiert werden wird. Wegen der erst rudimentär entwickelten Prozeßtheorien (Merten 1977) und enormer forschungspraktischer Schwierigkeiten ist die Aufhellung dieses Problemfeldes noch nicht in Sicht.

„Öffentlich“ und „Öffentlichkeit“. – Der ambivalente Ausdruck „Öffentlichkeit“ (Ö) entstand erst im 18. Jahrhundert aus dem zunächst überwiegend adverbial benutzten Wort „öffentlich“ (ö), das soviel wie „klar“ oder „offensichtlich sein“ bedeutete. Deutsches Synonym für das